

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

22.1.1870 (No. 19)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 22. Januar.

Nr. 19.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Telegramme.

Darmstadt, 21. Jan. Die Erste Kammer ist auf den 26. d. Mts. einberufen worden.

Dresden, 20. Jan. Erzherzog Karl Ludwig ist von Wien hier eingetroffen und im Residenzschloß abgestiegen.

Wien, 21. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über den Adressentwurf fortgesetzt. Für den Entwurf sprechen Kuranda, Stene und Kaiserfeld. Der Letztere spricht sich entschieden gegen die jüngsten Ausgleichsversuche aus und ermahnt das Haus, gegenüber den föderalistischen Tendenzen an der Verfassung festzuhalten. Svetic, Wodick und Greuter sprechen gegen den Entwurf der Kommission.

Paris, 21. Jan. Rochefort erklärt, er werde sich dem Gerichte nicht stellen. Er anerkenne keine Gerichte, die nicht durch das allgemeine Stimmrecht eingesetzt seien (1). In Creuzot dauert die Arbeitseinstellung fort. Es sind Truppen dahin beordert worden.

Paris, 21. Jan. Aus Creuzot treffen heute Nachrichten ein, welche melden, daß die Arbeitseinstellung der dortigen Bergleute fortdauert, ohne daß Aufhebungen vorgenommen wären. Präsident Schneider ist dort angekommen. Die Arbeiter verlangen Rücktritt des Direktors der Betriebsstätten und Wiederannahme aller von ihm während der Abwesenheit des Hrn. Schneider ohne Bevollmächtigung entlassenen Arbeiter.

Deutschland.

Augsburg, 21. Jan. Die „Allg. Ztg.“ bringt einen Artikel, unterzeichnet Döllinger, über die Infallibilität der Adresse, welcher dieselbe Punkt für Punkt widerlegt.

München, 19. Jan. (Schw. M.) Die Kammer der Abgeordneten hat heute ihre erste öffentliche Sitzung gehalten. In ihr legte der Finanzminister v. Freytag-Schier das Budget für die Jahre 1870 und 71 vor, nicht ohne Hinweisung darauf, daß die Regierung bereit gewesen war, daselbe zur verfassungsmäßigen Zeit, drei Monate vor Ablauf des Jahres 1869, einzubringen, und daß nur das Scheitern des damals einberufenen Landtags sie daran verhindert habe. Das neue Budget enthalte gegen das der beiden Vorjahre eine unumgängliche Mehrung der Ausgaben für die Staatsschuld, für die Ausübung der Strafrechtspflege, für technische Lehranstalten u. im Gesamtbetrage von 1,521,000 fl., während andererseits der Deckungsmittel des vorigen Budgets viele nicht mehr verfügbar seien, wie die Erübrigungen aus den Vorjahren u. dgl. Daraus ergebe sich ein Defizit von 3,479,674 fl., welches durch eine zeitweilige Erhöhung von 30 Proz. zu decken sei. Die Bilanz dieses Budgets schließt sich also mit 93,075,959 fl. Einnahmen und ebensoviel Ausgaben, von denen 33,046,245 fl. auf Verwaltungs- und Betriebskosten und 60,029,714 fl. auf reine Ausgaben entfallen. Weiter legte der Finanzminister die Rechnungsabrechnungen aus den Jahren 1867 und 68 und einen Gesetzentwurf vor, welcher die Ermächtigung zur provisorischen Steuererhebung und zur Fortzahlung der seither bewilligten Steuererhöhungszulagen an gering besoldete Beamte bis 31. März d. J. erteilt. Der Kriegsminister Frhr. v. Brankh brachte ebenfalls zwei Gesetzentwürfe ein, deren erster ihn einen Kredit von 2,792,000 fl. für Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen, für die Besoldung von aus dem Jahre 1866 noch überzähligen Offiziere, und deren zweiter einen Kredit von 3,665,000 fl. für die Fortsetzung der Neubewaffung der Infanterie erteilen soll. Nach Erledigung einiger Geschäftssachen machte schließlich der Präsident v. Weis den Vorschlag, die vom König gehaltene Thronrede durch eine Adresse zu beantworten und mit dem Entwurf eine besonders zu wählende Kommission von 15 Mitgliedern zu beauftragen. Die Kammer erklärte ohne Widerspruch sich hiemit einverstanden. — Sodann wählte in geheimer Sitzung das Haus den sechsten seiner ordentlichen Ausschüsse (zur Prüfung gestellter Anträge bezüglich ihrer Zulässigkeit) und diesen Ausschuss besetzte die Majorität mit lauter „Patrioten“. Die sechs geschäftsordnungsmäßigen Ausschüsse sind nun mit 44 Abgeordneten von der patriotischen, mit 9 von der Fortschrittspartei und mit 1 „Wilden“ (Friedr. Kolb) besetzt, und dabei hat die Majorität noch Kräfte, wie den Redakteur der „Postzeitung“, Dr. Guttler, Pfarrer Westermayer und Professor Sepp übrig behalten. Sie muß großen Ueberfluß an Kapazitäten haben. Wir werden sehen.

Kassel, 19. Jan. (Zeff. Z.) Die Synode hat heute die Verathung der Landesynodal-Ordnung in 1. Lesung beendet. Mehrere Bestimmungen führten noch zu langen und heftigen Debatten, die gewöhnlich im hierarchischen Sinne erledigt wurden. Bei einer der Schlusßbestimmungen hinsichtlich der Erhöhung der Tagesgelder für die Mitglieder der Landesynode gab es jedoch nur eine Partei in der Versammlung, indem man ohne Widerspruch von der einen oder der anderen Seite diesen Antragsantrag stillschweigend zum Beschluß erhob.

Weimar, 19. Jan. (N. Pr. Ztg.) Obwohl verfassungs-

mäßig nur der einmalige Zusammentritt des Landtags innerhalb der dreijährigen Legislaturperiode zur Feststellung des Staatshaushalts für die gleichfalls dreijährige Finanzperiode vorgesehen ist, so ist doch unter dem Druck der Ereignisse in letzter Zeit fast kein Jahr verfloßen, in welchem nicht eine außerordentliche Session des Landtags stattgehabt hätte, zur Erledigung besonders dringlicher Vorlagen. Auch in diesem Jahre steht dem Vernehmen nach eine solche außerordentliche Session noch bevor, da die Regierung den Landtag nach Schluß der Reichstags-Session zu versammeln beabsichtigt. Mit dem Herbst dieses Jahres werden alsdann Neuwahlen für den Landtag vorzunehmen sein.

Meiningen, 18. Jan. Wie man berichtet, gedenkt nunmehr auch unsere Staatsregierung aus Ersparnisrücksichten ihr noch zu Hilburgshausen bestehendes Appellationsgericht aufzuheben und sich dem zu Eisenach anzuschließen, an welchem bereits fünf thüringische Staaten Theil haben.

Berlin, 20. Jan. (Köln. Ztg.) Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Januar.

Die Interpellation des Abg. Berger (Witten) wegen Erbauung der Eisenbahn Elst-Weimel wird verlesen, und der Handelsminister erklärt sich bereit, sofort zu antworten, soweit es zur Zeit möglich ist. Berger (Witten) motivirt die Interpellation unter Hinweis auf frühere Verhandlungen der Frage im Hause und auf frühere Beschlüsse. Der Handelsminister: Die Vorlage eines Gesetzes über eine feste Brücke bei Elst und die Eisenbahn Weimel-Elst wird wie die Vorlage über andere eben so wünschenswerthe Eisenbahnen davon abhängen, welche Mittel der Staatsregierung zu Gebote stehen oder gestellt werden, um neue Eisenbahnen auf Staatskosten zu übernehmen, ohne dem Weiterbau und der Vervollständigung schon genehmigter Staatsbahnen hinderlich zu werden.

Der Abg. Kosa beantragt allgemeine Besprechung. Das Haus stimmt zu. Köch wundert sich über die Antwort des Ministers. Der Handelsminister: Jeder im Hause weiß, daß mir die Bahn Weimel-Elst, sowie der Bau anderer Bahnen am Herzen liegt; aber das Jahr ist noch nicht abgelaufen. Die Wirkung des Konsolidationsgesetzes ist nicht abzusehen; hätte ich erklärt, erst über vier Wochen die Interpellation beantworten zu wollen, so wäre das Haus noch weniger zufrieden gewesen; es ist der Antwort nichts hinzuzufügen. Behn (Weimerswald) richtet gegen die Interpellation; dies ist plädiert für die Bahn Weimel-Elst. Benda war gegen die Anträge auf den Bau der bezüglichen Bahn, jetzt hält er den Majoritätsbeschluß für bindend für die Regierung, zumal jetzt Dammgüter vorhanden seien. Redner hofft, die Regierung werde ihre Verpflichtung einlösen. Kosa vertritt die Interpellation. Die Regierung habe eine moralische und politische Pflicht, die Weimel-Elst-Bahn zu bauen. Berger (Witten) betont nochmals die Dringlichkeit des Eisenbahnbaues. Die Diskussion wird geschlossen.

Berlin, 20. Jan. Ihre Maj. die Königin erteilte gestern Abend der hier anwesenden chinesischen Gesandtschaft eine Abschiedsaudienz. Wie verlautet, wird diese Gesandtschaft am Samstag Berlin verlassen, um sich nach Petersburg zu begeben. — Am Sonntag den 23. Abends trifft Se. Kaiserhof der Erzherzog Karl Ludwig von Oesterreich über Dresden aus Wien hier ein. Höchstwahrscheinlich kommt mit einem Extrazug. Die Stunde seiner Ankunft ist noch nicht genau bestimmt. Zum Ehrendienst bei dem erlauchtem Gaste sind befohlen der Generalleutnant Graf v. d. Goltz, Kommandeur der Garde-Kavallerie-Division, und der Major v. Alten, Flügeladjutant des Königs. Am Montag den 24. findet zu Ehren Sr. Kaiserhöheit bei den königl. Majestäten im Palais ein Galadiner statt. Am Dienstag werden sämtliche hohe Herrschaften bei Ihrer Maj. der Königin-Witwe in Charlottenburg zum Diner vereinigen. Für Dienstag Abend ist ein Gesellschaftsfest im königl. Palais angesetzt. Am Mittwoch den 26. Morgens, wird der Erzherzog seine Rückreise nach Wien antreten.

Angeichts der jetzt in Braunschweig stattfindenden Verhandlungen über den Verkauf der dortigen Eisenbahnen wird es in hiesigen politischen Kreisen mit besonderem Nachdruck betont, daß vertragsmäßig zu einem solchen Verkaufsgeschäft die Zustimmung Preußens erforderlich sei. Gleichzeitig versichert man, die diesseitige Zustimmung sei nur dann zu erwarten, wenn feste Garantien dafür bürzten, daß die Verwendung der Kaufgelder leblich im Interesse des Landes erfolgen werde. Uebrigens hat die hiesige Regierung sich ihre Erklärung bis zu dem Zeitpunkt vorbehalten, wo definitive Beschlußnahmen der Braunschweigischen Stände das ganze Sachverhältnis klar übersehen lassen.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgte die Annahme des von den Abg. Duncker und Eberth eingebrachten Gesetzentwurfs über die Aufhebung der Beschränkungen der Pressefreiheit. Wie verlautet, drängt dieser Beschluß der Staatsregierung die Erzwägung auf, ob sie in der jetzigen Session mit dem von ihr bereits angekündigten Entwurf eines neuen Pressgesetzes noch vorgehen könne. Bekanntlich hat nun zunächst das Herrenhaus sich mit der aus dem Abgeordnetenhaus kommenden Vorlage zu beschäftigen.

Berichten aus den Oberbergamts-Bezirk Dortmund und Bonn zufolge hat die Nachfrage nach Steinkohlen neuerdings einen großen Umfang gewonnen. Selbst bei ge-

steigerter Produktion kann nicht allen Ansprüchen genügt werden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 19. Jan. (N. Fr. Pr.) Die Kaiserin hat nach hier eingetroffenen Nachrichten in Folge des anhaltenden stürmischen Wetters die Rückreise zu Lande fortgesetzt, und zwar über Bologna, Rovigo, Padua, Mestre u. s. w. Heute Morgen ist die Kaiserin in Görz eingetroffen; in Triestina besteigt Ihre Majestät den österreichischen Separat-Hofzug und fährt direkt nach Ofen, wo sie, den bisherigen Bestimmungen zufolge, morgen früh um 7 Uhr eintreffen soll. — Se. Maj. der Kaiser begibt sich heute Nachmittag mit dem Schnellzug nach Ofen und die Kaiserl. Kinder werden Wien am Freitag verlassen. — Die Besserung im Befinden des Sr. M. Baron Hef schreitet vor.

Wien, 19. Dez. Die Hoforte hat den bei ihr beglaubigten Vertretern der Mächte die ausdrückliche Mittheilung zu gehen lassen, daß sich alle in Umlauf gesetzten Gerüchte von einer bevorstehenden oder schon erfolgten Schilderhebung in Bulgarien als vollständig grundlos herausgestellt; sie messe vereinzelt Wählerkreise um so weniger irgend eine Bedeutung bei, als die Regierungen sowohl Serbiens als der Donaufürstenthümer in loyalster Spontaneität sich bereit erklärt, jeder etwa von ihrem Gebiet aus in Szene zu setzenden Agitation mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Reichenberg, 18. Jan. (N. Fr. Pr.) Der Redakteur und Sozialdemokrat aus Wien Andreas Schen ist heute Nacht in Reichenberg verhaftet worden. In Folge dessen fand eine gesellige Zusammenrottung von Arbeitern vor dem Gefängnisse zur Befreiung des Verhafteten statt. Die Ruhe wurde durch die Sicherheitsorgane hergestellt. Vorrichtungsmaßregeln sind getroffen.

Reichenberg, 19. Jan. Die Nacht ist ruhig verlaufen. Heute Vormittags erneuerten die Arbeiter die Zusammenrottungen und erhielten besonders starke Zusätze vom Lande. Da die städtischen Sicherheitsorgane und die Gendarmerie zur Räumung und Absperrung der Straßen nicht mehr ausreichten, so rückte Militär aus. Bei der hierauf erfolgten Räumung des Hauptplatzes wurde durch die zufällige Entladung eines Gewehrs ein Arbeiter getödtet. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Aufregung dauert fort, Militärverstärkeung wird erwartet.

Reichenberg, 19. Jan. Nachmittags. Die Ruhe ist hergestellt. Die Arbeiter wollen auf einen Vergleich eingehen. Das Militär ist größtentheils in die Kasernen zurückgezogen. Schen wurde wegen Uebertretung des Gesetzes über das Versammlungsrecht vom Bezirksgericht zu vierwöchentlichem Arreste verurtheilt. Er ist auf freien Fuß gesetzt und um 4 Uhr nach Wien abgereist.

Schweiz.

Zürich, 18. Jan. (Sch. M.) Noch ist das neue Steuer-gesetz vom Volke nicht genehmigt, und schon beginnt die vorausgesehene, aber verhöbnte Flucht der Kapitalisten aus dem Kanton. In Zürich und Umgebung sind mehrere Personen weggezogen, welche bisher 1500 Frs. Staatssteuer und 4-6000 Frs. Gemeindesteuer bezahlt haben. Den Ausfall müssen natürlich die Zurückgebliebenen decken, und von neuem Zuwachs an auswärtigem Kapital ist keine Rede. So schlägt man sich selbst in's Gesicht durch Annahme des Gesetzes. — Gestern trat der Große Rath wieder zusammen. Zum Präsidenten wählte derselbe den vielfach angefochtenen Hrn. Zangger, Direktor der Thierarzneischule, mit 98 von 188 Stimmen. Die Liberalen gaben dem demokratischen Stadtschreiber Fiegler von Winterthur 79 Stimmen, nur um dem Kanton die Wahl Zangger's zu eripieren. Die Wahl des Vizepräsidenten brachte 5 Gänge, und dann fiel die Ehre dem eigentlichen Agitator der Umwälzung des Kantons, dem alt Pfarrer und Redakteur des Schweizerboten, Hrn. Bletter-Hausheer mit 98 von 192 St. zu, also mit 1 St. über das absolute Mehr. Auf den liberalen Professor und alt Ständerath Müttmann fielen 94 Stimmen. Dieses Ergebnis ist ein Pyrrhusieg und ohne Zweifel dem Benehmen des Gewählten als Publizist beizumessen. Als Stimmzähler und Sekretäre sind die bisherigen wieder gewählt. — Das Komitee des Schützenfestes in Zug zählt die Aktien mit nur 2 Proz. Verlust zurück, während man zehnmal weniger erwartet hatte. Das Schützenfest für 1871 kommt bekanntlich nach Zürich, wo es ungeachtet der von St. Gallen angeregten Trennung der Feldschützen in allen Beziehungen gelingen wird.

Italien.

Florenz, 20. Jan. Das Parlament ist bis zum 7. März vertagt. Die ministerielle „Opinione“ weist die Unmöglichkeit nach, das Budget bis zum 1. Februar vorzubereiten.

Rom, 13. Jan. Hinsichtlich der Vorschläge über die verschiedenen Orden, welche dem Konzil vorliegen, erfährt der Korrespondent der „Times“ aus zuverlässiger Quelle, es handle sich darum, alle jaunt und sonder in Gruppen einzutheilen und zu verschmelzen, so daß es in Zukunft nur mehr Benediktiner, Augustiner, Dominikaner und Franziskaner

gabe. Jeder dieser vier Orden wäre alsdann unter einen in Rom residirenden General zu stellen. Der Berichterstatter hebt hervor, daß durch diese Neuerung gerade der ehrwürdige, aber stets den Jesuiten im Wege stehende liberale Benediktiner-Orden empfindlich getroffen werde, indem bisher jede Kongregation desselben für sich unabhängig gewesen sei. Nicht nur wird diese Unabhängigkeit zerstört, sondern die Ordensleute in den verschiedenen Provinzen sollen auch, wie im weiteren mitgetheilt wird, unter die unmittelbare Verfügung der Diözesanbischöfe gestellt werden, so zwar, daß die Letzteren selbst in Betreff des Eigenthums der verschiedenen Klöster zu bestimmen haben. „Es kann Niemandem entgehen — bemerkt der Korrespondent —, daß unter solchen Verhältnissen auch die Autonomie der Jesuiten aufheben würde, allein abgesehen von den besondern Gelüben der Jesuiten nehmen dieselben schon eine Art Ausnahmestellung ein; sie gehören unter die Bezeichnungen „regulirte Chorherren“, während in den betreffenden Reformvorschlügen von Ordensleuten oder Mönchen die Rede ist.“

Rom, 18. Jan. Ueber den Inhalt des päpstlichen Handschreibens an den Kaiser Napoleon, welches der apostolische Nuntius Chiari am 10. d. M. in Paris überreichte, erfährt die „N. Fr. Presse“ Folgendes: Der Papst, erfreut, weitentheils gute Katholiken in dem neuen französischen Ministerium zu sehen, hofft, der Kaiser werde den vom „heiligen Geiste diktiert“en Beschlüssen des Konzils, dessen Weisheit er (Napoleon) in seiner Thronrede selbst anerkannt, kein Hinderniß in den Weg legen und auch nicht gestatten, daß der Stuhl Petri von Revolutionären angetastet werde.

Rom, 19. Jan. In der heutigen Sitzung verlangten die deutschen Bischöfe als Vertreter wichtiger Theile der Christenheit, bei der Abstimmung die Zahl der Bisthümer zu berücksichtigen, sonst würden sie abweisen; die Diskussion war sehr lebhaft. Die kirchlichen Kreise sind in großer Aufregung.

Frankreich. Paris, 19. Jan. Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 18. Jan.

Zunächst ergreift Gambetta zum Protokoll das Wort. Er bespricht sich darüber, daß gestern Olivier in einer Wendung, welche ihm entgegen war, ihn der Gewissenhaftigkeit geziehen hätte. Er werde von Niemand einen solchen Vorwurf hinnehmen, am allerwenigsten aber vor einem Manne wie Olivier. Der Minister des Innern bezieht seinem abwesenden Kollegen von der Justiz die Antwort vor. Später erscheint Olivier, und Gambetta wiederholt seine Erklärungen mit dem Hinzufügen, daß am allerletzten Olivier sein Richter sein könne, da er selbst ein nur „allzu bewegliches“ Gewissen habe. (Unterbrechung.) Olivier entgegnet, daß gewisse Angriffe keine Antwort verdienen, übrigens gäbe Gambetta und seine Freunde täglich einen Beweis von beunruhigtem Gewissen. Gambetta (sehr erregt): Ich will kategorisch sein und dem Hrn. Siegfried erklären: Nein, ich habe Sie nicht beschimpft, indem ich Ihnen sagte, daß ich Sie nicht als meinen Richter in Gewissenssachen gelten lasse. Ich habe gesagt und wiederhole, daß Sie selbst ein bewegliches Gewissen haben, und eines werden Sie namentlich niemals rechtfertigen können, daß nämlich Ihre politische Wandelung mit derjenigen Ihrer Vermögensverhältnisse zusammenfällt. Olivier: Er habe die Rechtfertigung seines Verhaltens nicht zu verteidigen. Gambetta: Sie sind von Ihren Wählern für unwürdig erklärt worden, Olivier protestirt, er sei nur aus Hingebung in die Regierung eingetreten. . . Gambetta: Aus Augenweide (courtisanerie). Olivier: Diejenigen, welche von Vermögen sprechen, sind solche, welche in der Politik eine Gelegenheit suchen, ihr Glück zu machen. Ich habe stets nur ein Ziel verfolgt: die Freiheit. Gambetta: Sie waren Republikaner! Olivier: Seit 1867 war mein ganzes Trachten darauf gerichtet, dem Land eine neue Revolution zu ersparen. Ferry: Damit haben Sie uns getäuscht. (Wachsender Tumult. Zur Ordnung!) Olivier: Seit 1867 hatte ich stets die Worte Garibaldi's vor Augen, welcher sich gegen alle mentalen Vorbehalte verwahrt, und lebendig aus Ueberzeugung unterstützte ich, der ich früher Republikaner gewesen war, jetzt das Kaiserreich, welches die Freiheit gibt. Gambetta will antworten. Er wird stürmisch unterbrochen. Sie haben zu der Länge Befehl gekraftigt, ruft er, hören Sie jetzt die Wahrheit! Der Präsident ruft Gambetta zur Ordnung. Gambetta: Rufen Sie lieber Hrn. Olivier zur Ehre zurück! Die Kammer votirt den Schluß des Zwischenfalls. Gambetta: Das ist stets Ihr Hilfsmittel, ein elendes Hilfsmittel! — Der Minister des Innern bringt einen Gesetzentwurf über die zur provisorischen Regelung der Finanzlage der Stadt Paris zu ergreifenden Maßregeln ein; durch Art. 1 wird der Stadt ein provisorischer Kredit von 10 Millionen eröffnet.

Paris, 20. Jan. In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers interpellirte Hr. Steenackers die Regierung darüber, daß der Polizeipräsident während des Prozesses Traupmann und bei dessen Hinrichtung Büllete wie zu einer ersten Theaterdarstellung vertheilt habe. Er verlangt, daß dies aufhört und daß künftig die Hinrichtungen im Innern des Gefängnisses stattfinden. Der Minister des Innern antwortet in Abwesenheit des Justizministers, daß er sich erst morgen äußern könne. Graf Le Hon bringt eine Interpellation in demselben Sinne ein, wie die Steenackers, und Hr. Jules Simon kündigt in seinem und seiner Kollegen von der Linken Namen eine Gesetzesvorlage auf Abschaffung der Todesstrafe an. — Auch das „Journ. des Deb.“ plädirt für Beschränkung der Oeffentlichkeit bei Hinrichtungen.

Der „Patrie“ zufolge war der Empfang, welcher gestern Abend im Ministerium der öffentlichen Arbeiten stattfand, ein äußerst lebhafter und glänzender. Eine große Anzahl Senatoren und Abgeordnete war gegenwärtig, und man gewahrte unter den Anwesenden die H. v. Persigny, Odilon Barrot und Duvergier de Hauranne.

Die „Liberté“ bringt folgende Antwort des Hrn. Vermorel an Hrn. Rochefort:

Mein Herr! Ich werde nicht zugeben, daß eine Ehrenfrage in eine Polemik ansarte. Ich werde Ihnen nicht gestatten, daß Sie sich nach Ihrer abscheulichen Anschuldivung hinter Zweideutigkeiten flüchten. Ich werde Sie lehren, wenn Sie es nicht wissen, wie man in der Demokratie eine Ehrensache führen muß. Morgen werde ich Ihnen die

Liste von neun von mir bezeichneten Ehrenrichtern senden. Wollen Sie gefälligst eine gleiche Anzahl bezeichnen. Es kommt darauf an, daß die von Ihnen angeregte Frage ungeklärt gelöst werde.

a. Vermorel. Der „Rappel“ hat gestern wegen Preßvergehen eine doppelte Verurteilung erfahren; in dem einen Fall wurde sein Gerant zu 1000 Fr. Geldbuße und in dem andern zu 4 Monaten Gefängniß und ebenfalls 1000 Fr. Geldbuße verurtheilt. — Rente 73.40, Cred. mob. 205, ital. Anl. 55.

Spanien.

Madrid, 20. Jan. Vorgesestern und gestern haben Manifestationen der hiesigen Studenten gegen das Universitätsgesetz stattgefunden; doch ist die Ruhe nicht gestört worden.

Portugal.

Lissabon, 19. Jan. Der Staatsrath ist für morgen um Mittag zusammenberufen. Man glaubt, daß er berufen ist, die Kammerauflösungsfrage zu beraten. Die öffentliche Meinung ist der Kammerauflösung nicht günstig.

Großbritannien.

London, 19. Jan. Die Direktoren der Hudson's-Bay Company stellen das amerikanische Telegramm, daß von den Insurgenten am Winnipeg-See eine Kasse mit 200,000 Doll. weggenommen worden sei, einfach mit dem Bemerkten in Abrede, die Sache sei ganz unmöglich, da die Gesellschaft gar keine Gelder dort verwahrt habe.

Nachdem zur Prüfung der neuen Geschütze für die Marine, der sogenannten Woolwich-Kanonen, und der dazu gehörigen, von Oberst Palliser erfundenen Geschosse sehr viel Pulver und zum Preise beider sehr viel Dinte verschwendet worden, trifft jetzt von dem zur Kanalflotte gehörigen Panzerschiff „Hercules“ die niedererschlagende Nachricht ein, daß bei einem Schusse aus dem mächtigen Geschütze von 18 Tonnen nicht nur das Geschütz brach, noch ehe es das Rohr verließ, sondern auch das Geschütz selbst im Innern bedeutend beschädigt wurde. Bis nähere Nachrichten eintreffen, ist weiter nichts zu sagen, allein inzwischen ist Raum für alle Vermuthungen und man macht sich bereits mit der Möglichkeit, auf's Neue zu andern Geschützen oder andern Geschossen oder beiden greifen zu müssen, vertraut.

Amerika.

Mio, 31. Dez. Lopez hat mit 5000 Mann und 15,000 Indianern Stellung genommen. Ein Angriff auf die gegenwärtige Position scheint unmöglich.

Vermischte Nachrichten.

Stuttgart, 17. Jan. (Schw. B.-Blg.) Hr. C. Abt, Redakteur der „Kritik“, ist verhaftet worden. Das Vergehen, wegen dessen Redakteur Abt, gegen den gleichzeitig eine Reihe von Privatklagen vorliegt, in Untersuchung gezogen wurde, ist das Majestätsbeleidigung und ist solches mit Arbeitshausstrafe bedroht.

München, 20. Jan. Vor dem Schwurgericht von Oberbayern wurde am 18. und 19. d. M. die Anklage gegen den vormaligen Bürgermeißter Baumgartner (Abgeordneten der vorigen Kammer) von Eß wegen Amtsuntreue verhandelt. Derselbe hatte im Lauf mehrerer Jahre eine Reihe ihm in seiner Eigenschaft als Bürgermeißter anvertrauter Gelder im Gesamtbetrag von nahezu 10,000 fl. unterschlagen. Das Urtheil lautete auf 5 Jahre Zuchthaus, die auf einer Festung zu erfüllen sind. — Wie das „Waterland“ hört, ist der Verleger des „Volksboten“, Hr. Dr. E. Zander, gefänglich erkrankt und mit dem Sterbefaßamenten versehen worden.

Vom Westerwald, Mitte Jan. In Marfain, im benachbarten Amte Dilsdorf, hat sich auf Anregung des unermüdlichen Hrn. Pastors Bömel eine Gesellschaft gebildet, welche zur Beschäftigung der arbeitslosen Bevölkerung eine Korkschneiderei als Hausindustrie gegründet hat. Derselbe beschäftigt nach kaum viermonatlichem Bestehen unter einem tüchtigen Geschäftsführer schon fünfzig Arbeiter, welche in der Woche zusammen doch immer an 70 Thaler verdienen, gewiss ein hübscher Erfolg und ein erfreulicher Segen für eine arme Landgemeinde! In den letzten Tagen wurde die Gesellschaft von dem Hrn. Handelsminister zur Aufmunterung ihres gemeinnützigen Bestrebens mit einem Geschenk von 500 Thln. überhäuft. Ihr Fabrikat, wie wir uns überzeugt haben, ist aber auch vorzüglich, an Güte des Holzes sowohl, wie an Sauberkeit des Schnittes. Wir wünschen dem edeln Unternehmen, das sich durch so viele Schwierigkeiten hat durcharbeiten müssen, nun auch zur weiteren Verbreitung einen, seiner würdigen, großartigen Absatz bei allen Großhändlern und Brunnenverwaltungen, an welchen wir bei der Zuverlässigkeit seiner Waare übrigens nicht zweifeln.

Wien, 19. Jan. In der heutigen Generalversammlung der österreichischen Nationalbank wurde die zu vertheilende Superdividende auf 27 1/2 fl. festgesetzt. Die Einnahme der gesamten Lombardischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 7. bis 13. Januar 2,244,954 Fr., mithin eine Mindereinnahme gegen die entsprechende Woche des Vorjahres von 220,451 Fr.

Paris, 19. Jan. Der russische Publizist Herzen ist schwer erkrankt.

Paris, 19. Jan. Heute früh bei dem ersten Grauen des Morgens wurde auf dem Plage la Roquette an Traupmann das Todesurtheil vollzogen. Die ganze Nacht über hatte eine zahllose, aus den zweideutigen Elementen der Gesellschaft zusammengesetzte Menge auf der umbeimlichen, von zwei großen Gefängnissen eingeschlossenen Plage bivouakirt und sich in gewohnter Weise dem frivolen Zeitvertreib überlassen: Sassenhauer wechselten mit der Maricalla ab, die Brandweinische ging von Mund zu Mund, cynische Duoblets bereiteten auf das blutige Schauspiel vor, das Anzünden der rothen Laternen über dem Gefängniß, für Keimer ein untrügliches Zeichen, daß die Hinrichtung in derselben Nacht stattfinden, das Erscheinen der Zimmerleute, welche das Blutgerüst aufrichteten, endlich und vor Allem die Ankauf des Scharfrichters Heidentrich und seiner Gehilfen wurde mit tausendstimmigem Gejohle aufgenommen. Drinnen in la Roquette war inzwischen die ganze Nacht durch Alles auf den Beinen. Als um 6 1/2 Uhr der Direktor, der Chef der Sicherheitspolizei und der Almosier, Abbé Crozes, in die Zelle des Verurtheilten traten,

war Traupmann schon aufgestanden. Der Erstere sagte zu ihm: „Traupmann, der Kaiser hat Ihr Gnadengeuch verworfen, die Stunde der Sühne hat geschlagen.“ Traupmann, welcher die Nacht über gut geschlafen hatte, antwortete: „Ich habe keine Furcht.“ Haben Sie mir noch etwas zu sagen? „Nein, nichts; ich beharre bei Allem, was ich gesagt; ich war an der That theilhaftig, aber ich habe nicht selbst getödtet.“ Sie behaupten also noch immer, daß Sie Mithuldig haben? „Ja“, antwortete Traupmann mit sicherer Stimme. Man ließ ihn eine Weile mit dem Geißlichen allein; er hörte denselben mit Sammlung an, ohne indeß besondere Furcht vor dem Jenem zu verrathen, und gerieth erst dann in tiefe Rührung, als der Abbé Crozes ihm von seiner Familie und seiner Mutter sprach. Zum Schluß fragte ihn der Geißliche, ob er zu seiner Stärkung ein Glas Wein wolle. „Ich danke Ihnen“, antwortete Traupmann, „ich verlange nichts mehr; ich werde muthig zu sterben wissen.“ Man führte ihn dann in ein anderes Zimmer und vollzog an ihm die sogenannte „Toilette“. Arme und Füße wurden ihm gebunden, und für die Letzteren nur der nothwendigste Spielraum gelassen; dann wurden ihm die Haare bis dicht an den Nacken, und endlich der Hemdstragen begeschneit, während der Almosier beständig Sterbegebete sprach. Traupmann bewahrte auch während dieser ganzen Operation die vollkommene Gelassenheit. Noch einmal fragt ihn der Chef der Sicherheitspolizei: „Traupmann, beschien Sie auf Ihren Erklärungen?“ „Vollkommen, vollkommen“, entgegnete der Verurtheilte. Nun sieht sich der Zug in folgender Ordnung in Bewegung: Der Verurtheilte zwischen dem Abbé und einem Scharfrichter gebissen, der Direktor des Gefängnisses und Hr. Claude, dann der Scharfrichter selbst. Um 7 Uhr weniger 5 Minuten öffnet sich die große Thür des Gefängnisses und der Zug tritt ins Freie, um von der Menge mit den Rufen: „Tropmann, Tropmann! A mort! à mort!“ empfangen zu werden. Traupmann schreiet mit Festigkeit vor, doch fühlt er sich durch die Füchellen gehemmt und kann nur langsam das Schafot erreichen. Erst als er dasselbe erklimmt, scheint ihn der Nuth einen Augenblick zu verlassen; der Abbé Crozes tritt zu ihm und spricht ihm zu; er reicht ihm das Kreuz, welches Traupmann küßt, dann empfiehlt dieser ihm noch seine Familie und fügt unangefordert hinzu: „Sagen Sie Hrn. Claude, daß ich bei Allen, was ich ihm soeben gesagt habe, beharre!“ Das waren seine letzten Worte: eine Minute später war der Gerechtigkeitsgenüge gethan.

Dem Bericht des Journ. des Deb. über die Hinrichtung Traupmanns entnehmen wir folgendes: Traupmann stieg mit vieler Mühe die 10 Stufen hinauf, die ihn auf's Schafot führten. Man stellte ihn vor das Fallbrett, welches sich sofort niederließ. In diesem Augenblick erwachte wieder in dem Wöbder das wilde Thier. Seine bisher mit Mühe an den Tag gelegte Resignation verließ ihn und er wollte nicht sterben. Er warf sich nach rechts hin und als er fühlte, daß der Scharfrichter ihn wieder nach der Mitte hinstieg, entwickelte er mit außerordentlicher Energie jene Geschwindigkeit, Beweglichkeit und Kraft, die ihn so furchtbar gemacht hatten. Auf seinem Bauch geküßt gegen das Fallbrett bäumte er sich, schob sich vorwärts, so daß er beide Schultern in den Halsbott hineinwühlte, über welchen hinaus nur sein Kopf liegen sollte. Der Gehilfe des Scharfrichters, der vor ihm stand, sah sich genöthigt, ihn gewaltsam zurückzuführen. Traupmann machte dann eine plötzliche Bewegung des Kopfes und bis ihm in den Beistinger. Dem Scharfrichter, der ein äußerst harter und gewandter Mann ist, gelang es erst jetzt, den Kopf in die richtige Lage zu bringen, und sofort fiel das Beil herab. Der ganze peinliche Vorgang dauerte etwa 20 Sekunden.

Badische Chronik.

Karl Mathy. Geschichte seines Lebens, von Gustav Freitag. Leipzig bei S. Hirzel. 1870. (Schluß.)

In der deutschen Frage hat wie wohl jeder denkende Vaterlandsfreund, der die letzten 30 Jahre durchlebt, so auch Mathy seine Wandlungen erfahren. Er hing nicht eigenförmig an vorgefaßter Meinung; als praktischer Mann ließ er die realen Verhältnisse zu ihrem vollen Rechte kommen. Aber schon fröhe erkannte er, daß der Schwerpunkt der deutschen Entwicklung in Preußen liege. In einer Parteiverammlung zu Heppenheim (1847) bekämpfte er den Gedanken einer Nationalvertretung bei der Bundesversammlung, weil der Bund nicht ausschließlich aus deutschen Mächten bestehe und darum eine Nationalregierung unmöglich sei; er empfahl dagegen die Ausbildung des Zollvereins zu einem deutschen Verein, der außer Zoll und Handel auch die übrigen gemeinschaftlichen Interessen, Gewerbe, Besteuerung, Vertheilung, Marine, Konsulate, Handelsgesetzgebung in die Hand nehmen, eine Anziehungskraft auf die übrigen deutschen Staaten ausüben und damit zu einer wahrhaft deutschen Macht heranzuwachsen werde. In der Paulskirche zu Frankfurt, als es sich um die Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt handelte, sprach er, unbehört durch das Geschrei der Gallionen und eines Theils der Bundesversammlung, für die einstweilige Beibehaltung des unpopulären Bundestags, weil er der Meinung war, daß nur durch das Zusammenwirken mit den Vertretern der einzelnen Regierungen Parlament und provisorische Zentralgewalt sich die Mittel zur Ausübung ihrer Befugnisse verschaffen könnten.

Am 29. Juni 1848 wurde Erzherzog Johann zum Reichsverweser erwählt. Minister v. Schmerling bot Mathy das Portefeuille der Finanzen im Reichsministerium an; da inzwischen die Besetzung des Postens durch einen Preußen wünschenswerth wurde, trat Mathy gerne zu Gunsten des Hrn. v. Bederath zurück und erbot sich, als Unterstaatssekretär einzutreten. Er hatte hiezu vom Großherzog mit verbindlichen Zusicherungen des Dankes die Erlaubnis erhalten, die Rückkehr in das Ministerium Badens sollte ihm zu jeder Zeit offen stehen.

Wir müssen darauf verzichten, den Gang der Ereignisse, die Schwierigkeiten der verschiedenen Lagen, die Versuche, sich durchzukämpfen, hier auch nur in Umrissen wiederzugeben. Der Wassenstillstand von Wilmö (2. Sept.), der Aufruhr in Frankfurt (18. Sept.), die Entlassung v. Schmerlings und der Eintritt v. Gagern's, die Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser (28. März 1849), die schwankende Haltung Preußens, leere Reichskassen, störrische Regierungen, der offene

Widerstand Despotismus — diese Andeutungen werden dem Leser den ganzen Verlauf der Dinge wieder ins Gedächtnis zurückrufen.

Am 20. Mai trat Mathy aus der Nationalversammlung aus. Das badische Staatsministerium befand sich in jenen Tagen, auf der Flucht vor dem Aufruhr, gleichfalls in Frankfurt; er trat sofort wieder in dasselbe ein, und wurde am 26. Mai zum Präsidenten des Finanzministeriums ernannt. Aber in Folge vorwärtiger Einflüsse wurde Mathy, vorbehaltlich weiterer Verwendung, mit seinen Kollegen v. Dusch und Beck am 8. Juni entlassen; ihnen folgte das Ministerium Klüber-Marschall.

Wir eilen über die nun folgenden Lebenswege Mathy's schnell hinweg; er sah als Vertreter eines schlesischen Wahlbezirks im Erfurter Parlament, er nahm noch zweimal an dem badischen Landtag Theil und bemühte sich nach Kräften, dem Landesgesetz Achtung zu verschaffen, den Mißbrauch der Gewalt zu verhüten, den Staatshaushalt wieder einzurichten, den Ausgabemißbrauch zu beenden und die Kammer zu dem Festhalten an dem Bündnis mit Preußen zu bewegen. Als er im Frühjahr 1853 dem Ministerium den bevorstehenden Ablauf seiner fünf Probejahre anzeigte, erhielt er die Antwort, seine „Enthebung von der Stelle“ bedeute die Entlassung aus dem Staatsdienst, und zu einer Wiederanstellung sei keine Veranlassung. Der Biograph meint, die Regierung habe im Landtag 1850 bei einer Revision des Staatsdienergesetzes im Stillen durchgesetzt, daß die Mitglieder des Staatsministeriums, welche noch nicht fünf Dienstjahre zählten, keinen Anspruch auf Ruhegehalt haben sollten. Unsere badischen Leser wissen, daß diese Unterstellung irrig ist, daß die fragliche Bestimmung ganz allgemein für alle Staatsdiener schon seit 1819 besteht. Die Regierung war also formell im Recht; eine andere Frage ist freilich, ob ihr Verfahren nicht im hohen Grade als engbergig und undanbar erscheine.

Mathy hatte inzwischen (seit 1851) wieder die Buchhandlung in Mannheim besorgt und sich angestrengt mit literarischen Arbeiten beschäftigt. Sein einziger Sohn erkrankte und suchte in Syrakus und später in Palermo Heilung. Der Vater schied aus der Buchhandlung und sah sich genöthigt, sich nach einer andern, den Lebensunterhalt sichern Stelle umzusehen. Er arbeitete vom Sommer 1854 an in dem Schaffhauser Bankverein zu Klön und übernahm im März 1855 die Verwaltung der Diskontogesellschaft in Berlin. Seine äußere Stellung wurde allmählich befestigter und beglücklicher; aber die Krankheit des einzigen Sohnes verschlummerte sich; am 31. März 1856 wurde der hoffnungsvolle Jüngling im Alter von 21 Jahren den Eltern durch den Tod entrissen. Zu Neujahr 1858 übernahm Mathy die Stelle eines ersten Direktors der Privatbank in Göttingen, und Ende 1859 die Leitung der großen Kreditgesellschaft in Leipzig. Neben seinen Berufsarbeiten fand er noch Zeit, für die preussischen Jahrbücher und die Grenzboten Journalistische Meisterstücke zu liefern; er wurde Mittelpunkt eines Kreises patriotischer Männer, mit dem er nach deutschem Brauch einzelne Abendstunden in einer Restauration zwanglos zusammentraf.

„Alles, was der kriegerische Vertreter der besten patriotischen Ideen“ sollte nicht „als müder Beamter einer Aktiengesellschaft sein Erdendasein beenden“. Durch Patent vom 28. September 1862 wurde er auf Betreiben Roggenbachs als Direktor der Hofdomänenkammer und vorsetzender Rath des Finanzministeriums von Baden reaktivirt. Am kalten Jahresende fuhr er mit seiner Frau nach der Heimath; „traurig stand die Abendgesellschaft, ihres Führers beraubt, auf dem Perron. Und Karlsruhe wurde fortan in neuer Weise eine Besuchsstation reisender Leipziger. Da zu Karlsruhe im Bären auch eine Genossenschaft würdiger und ehrbarer Männer bestand, in welcher Mathy heimisch wurde, Herren der Karlsruher Bürgerschaft und Beamte, eine große Gesellschaft von süddeutschem Charakter, in welcher der Minister und der Stadtbürger bei einem tüchtigen Trunk gefellig lagern, so wurde zwischen dem verwaisten runden Tisch in Leipzig und dem freundlich summennden Bären achtungsvolle Zuschrift gewechselt und beide Mächte schloffen um des werthen Freundes willen einen Bund der Gastfreundschaft.“ (S. 394.)

Was Mathy seit dieser Zeit unserem Lande wurde, steht noch in unser frischer Erinnerung. Den 30. Jan. 1864 zum Präsidenten des Handelsministeriums ernannt, entwickelte er eine umfangreiche Thätigkeit im neuen Beruf. Nach dem Rücktritt v. Roggenbachs dachte er gerne daran, sich in das Privatleben zurückzuziehen; aber der Ernst der Zeit verbot ihm, sein persönliches Behagen in den Vordergrund zu stellen. Als der Gegensatz zwischen Preußen und Despotismus im Frühjahr 1866 zu unverhüllter Feindschaft wurde, vertrat Mathy energisch die Ansicht, Baden solle neutral bleiben, und als das Land durch seine Lage und seine Stimmung „auf die unrechte Seite“ geführt wurde, bat er am 30. Juni um seine Enthebung vom Amt. Am 27. Juli erhielt er den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden. Sein Programm: schnelle Lösung von der Augsburger Liga, sofortige Zurückziehung der badischen Division, stramme Verwaltung, Sucht im Militär wurde sofort genehmigt. Er wurde zum Staatsminister ernannt, blieb Präsident des Handelsministeriums und übernahm noch interimistisch das Finanzministerium. Der Friede und der Allianzvertrag wurden abgeschlossen, Geldmittel für die leeren Staatskassen beigebracht. „Schnell kamen die Geschäfte in den Zug, das Land fühlte die sichere Führung. Gewaltig jagte Mathy seine Lebenskraft zusammen, sein Wesen war hoch gesteigert, seine Arbeit schien verzehnfacht, die Last dreier Ministerien trug er wie spielend, täglich vom einen zum andern schreitend.“ Er selbst schloß in Berlin die Zollvereins-Verträge und half dann die Vorlagen für die Kammer vorbereiten. „Niemand vielleicht waren der Volksvertretung in Baden so viele und gut ausgearbeitete Gesetzentwürfe geboten worden: über Ministerverantwortlichkeit, Kriegsvereinsfassung, Schule, Straßen, Presse, neben andern. Sie waren durch die energische Beihilfe der Antagonisten, zumal Zoll's, sämtlich fertig, als der Landtag am 5. Sept. 1867 wieder eröffnet wurde. Der Landtag sollte die Frage entscheiden, ob es Recht war, was die Ver-

waltung gethan und ausgegeben, und ob das Volk die Mittel bewilligen werde, damit Baden auch in Zukunft leiste, was es der Nation schuldig war, und als ein geachtetes Glied in der Familie deutscher Bundesstaaten Aufnahme finde. Die Kammer bewies im Ganzen guten Willen, aber die Arbeit, welche er selbst in dieser Session zu tragen hatte, war fast übermenschlich. Wie wenig Mathy um den Beifall sorgte, es war ihm doch schmerzlich, daß die Kammer für die ungewöhnlichen Leistungen des Ministeriums kein Wort der Anerkennung hatten. Denn er fühlte selbst, was sie ihm an Lebenskraft gekostet hatten.“ (S. 409.)

In den letzten Tagen des Dezember 1867 litt er durch starke Fieberanfalle. Noch am 10. Januar ließ er sich nicht abhalten, den Verhandlungen der Zweiten Kammer anzuwohnen. Am folgenden Tage warf ihn die Krankheit auf das Lager; „in der Nacht des 3. Februar schloffen sich seine Augen, im Tode noch hielt er die Hand der geliebten Frau.“

Wir schließen unser Referat, dem wir gegen die ursprüngliche Absicht, hingerissen von dem verführerischen Reize des Stoffes und der Darstellung des besprochenen Lebensbildes bereits eine allzu große Ausdehnung gegeben haben. Gerne hätten wir noch manches treffende Wort des Biographen, manches Zeugniß des stillen politischen Schaffens des Verlebten, namentlich aus letzter Zeit, angeführt; aber wir hätten weiter ausholen müssen und dürften doch die Geduld des Lesers nicht länger mißbrauchen. Vielleicht ermutigt das Gegebene den Einen oder den Andern, aus dem Buche selbst seine Erinnerungen aus einem denkwürdigen Stück badischer und deutscher Geschichte neu aufzufrischen und in gegenwärtiger Zeit politischer und sozialer Kämpfe aus dem Lebensbild eines Mannes, dessen ganzes Leben Arbeit und Kampf war, neuen Muth und neue Kraft zu schöpfen.

Karlsruhe, 19. Jan. Das Verordn.-Bl. der Direktion der groß. Verkehrsanstalten Nr. 2 enthält: I. Allgemeine Verfügungen: 1) Den Bezug der Postanmeldungs-Formulare (es dürfen nur solche Formulare verwendet werden, welche von der Postverwaltung geliefert sind), 2) Verbot der Benützung offener Lichter in den Eisenbahn-Behelmen, 3) Tabakfabriken nach Italien, und 4) Verzeichniß der gefährlichen Bauobjekte auf der Eisenbahn betr. II. Sonstige Bekanntmachungen: 1) Postkurs-Notiz, die Postverbindung zwischen Bremen-Hamburg und Havana bis April d. J., 2) Abschluß eines am 1. d. M. in Kraft getretenen Vertrags mit dem Kreisauschuß des Kreises Baden wegen Aufnahme sämtlicher zu diesem Kreise gehörigen Amtsbezirke in den Verein, 3) weiterer Nachtrag zum badisch-württembergischen Gütertarif, gültig seit 15. d. M., betr., 4) Medaillenverleihung, 5) Dienstnachrichten.

Karlsruhe, 21. Jan. (Groß. Verwaltungs-Gerichtshof.) Beim Beginn der öffentlichen Sitzung vom 11. d. d. Theile der Hr. Vorsitzende die nachfolgende Uebersicht der Ergebnisse der Verwaltungs-Rechtsprechung im verflossenen Jahre mit:

Bei Groß. Verwaltungs-Gerichtshof wurden 194 kurze anhängig 194, vom Jahr 1868 waren übergegangen 19, zusammen 213. Hievon wurden erledigt: a) durch Urtheile in der Sache selbst besitzende 37, abändernde 86, gemischte 3, zur. 176; b) durch Unthatigkeitserklärung 8; c) durch Vergleich und Vergleich 18; zur. 202. Auf das Jahr 1870 gehen über 11, wovon 4 heute zur Verhandlung kommen. Die Zahl der anhängigen Rekluse betrug 1865 290, 1866 231, 1867 199, 1868 228.

Von den erledigten Fällen gehören 82 unter die Kategorie des § 5 Ziff. 1 des Verw.-Ges.: „Anspruch auf das Heimaths- und Ortsbürgerrecht und deren gesetzliche Folgen.“ 42 Fälle fallen unter § 5 Ziff. 2 deselbst: „Bürgererhebungen und sonstige auf dem öffentlichen Recht beruhende Ansprüche der Einzelnen auf die Gemeinde.“ 11 unter Ziff. 3: „Beiträge und persönliche Leistungen zu Gemeindegewerken.“ 26 unter Ziff. 6: „Beiträge zu den Kosten der Kirchen- und Schulverbände und über die aus der Staatskasse zu leistenden Beiträge zu den Gehältern der Volksschullehrer.“ 25 unter Ziff. 6: „Beitragspflicht zur Unterhaltung der Signal- und Verbindungsstrassen.“ 4 unter Ziff. 8: „Benützung des Wassers.“ 4 unter Ziff. 10: „Verbringung in die polizeiliche Verwahrungsanstalt.“ 8 unter § 15 Ziff. 3: „Schuldigkeit zu Staatsabgaben.“ Zuf. 202.

Von den obigen Fällen gehören 82 unter die Kategorie des § 5 Ziff. 1 des Verw.-Ges.: „Anspruch auf das Heimaths- und Ortsbürgerrecht und deren gesetzliche Folgen.“ 42 Fälle fallen unter § 5 Ziff. 2 deselbst: „Bürgererhebungen und sonstige auf dem öffentlichen Recht beruhende Ansprüche der Einzelnen auf die Gemeinde.“ 11 unter Ziff. 3: „Beiträge und persönliche Leistungen zu Gemeindegewerken.“ 26 unter Ziff. 6: „Beiträge zu den Kosten der Kirchen- und Schulverbände und über die aus der Staatskasse zu leistenden Beiträge zu den Gehältern der Volksschullehrer.“ 25 unter Ziff. 6: „Beitragspflicht zur Unterhaltung der Signal- und Verbindungsstrassen.“ 4 unter Ziff. 8: „Benützung des Wassers.“ 4 unter Ziff. 10: „Verbringung in die polizeiliche Verwahrungsanstalt.“ 8 unter § 15 Ziff. 3: „Schuldigkeit zu Staatsabgaben.“ Zuf. 202.

Anwälte haben bei der öffentlichen Verhandlung mitgewirkt in 117 Fällen.

In zwei Fällen wurde gegen das Erkenntniß des Verwaltungs-Gerichtshofs die Nichtigkeitsbeschwerde wegen Unzuständigkeit oder Gewaltüberbreitung des erkennenden Gerichts ergriffen, aber von dem Groß. Staatsministerium in seiner zur Entscheidung von Kompetenzkonflikten vorgeschriebenen Zusammenlegung als unbegründet verworfen.

Von den Bezirksrathenen als Verwaltungsgerichten der ersten Instanz wurden erledigt: Bürgerrechtsfällen 365, andere Streitigkeiten 376, zusammen 741, gegen 714 (360 + 354) des Vorjahres.

Vergleicht man die Zahl der im Jahr 1869 von den Bezirksräthen erledigten Fälle von 741 mit der Zahl der anhängig gemachten Rekluse nach Abzug der Finanz- und Straßenbau-Fälle, in welchen der Verwaltungs-Gerichtshof in erster Instanz erkennt (8 + 24 = 32) 196 — 32 = 164, so ergibt sich, daß sich die Parteien in 577 Fällen, also in 77 von 100, bei der bezirksrathlichen Entscheidung beruhigt haben.

Auch im Jahr 1869 hat, wie in den vorausgegangenen Jahren weder ein Kompetenzkonflikt der Verwaltungsgerichte, sei es mit den bürgerlichen Gerichten, oder mit den Verwaltungsbehörden, stattgefunden, noch ist von einem Bezirksbeamten gegen eine Entscheidung des Bezirksraths aus Gründen des öffentlichen Interesses ein Rekurs an den Verwaltungs-Gerichtshof ergriffen worden.

Karlsruhe, 20. Jan. In der heutigen Nummer der „Karler. Zig.“ wird in einer Korrespondenz aus Billingen vom 18. d. M. die Gütereinteilung für den Eisenbahnbau von Donaueschingen nach Billingen erwähnt und dabei gesagt, daß für den Morgen Landes auf dieser Strecke im Durchschnitt etwas mehr als 1300 fl. bezahlt worden sein. Diese Angabe bedarf einer Berichtigung. Nach den uns zu Gebote stehenden zuverlässigen Notizen wurden für die Bahn und die Stationen Billingen und Marbach 159 Morgen um 161,000 fl. also

per Morgen durchschnittlich um 1012 fl. erworben. Rechnet man dazu noch die Nebenentschädigungen für Durchschneidung, Erschwerung des Anbaus und Zugangs u. s. so ergibt sich immerhin nur ein durchschnittlicher Morgenpreis von 1075 fl. Dieser ermäßigt sich aber auf 970 fl., wenn man die etwa 24 Morgen große Fläche für den Bahnhof in Billingen, für welche die Preise zum Theil durch richterliche Entscheidung bestimmt worden sind, nicht in Rechnung zieht.

Mannheim, 19. Jan. Der literarisch-gesellige Verein hat in seinen zwei letzten Abenden des zu Ende gehenden ersten Vereinsjahres durch zwei Vorträge ganz entgegengefügter Art einen schönen Sonnenuntergang gehabt. Der erste derselben, von Prof. Waag, gab einen Essay über Lichtenberg, der immer noch zu den Sternenn ersten Ranges am Himmel deutschen Humors zu rechnen ist. Es kann deshalb wohl darauf geschlossen werden, wie reich die Funken des Witzes flogen, die sowohl aus den Stellen aus Lichtenberg's Schriften, als dem verbindenden Faden des Vortragenden selbst aufzugen. Von tiefem Ernst der Forschung getragen war dagegen der Vortrag Dr. Lorent's über drei Bauwerke, die bis vor wenigen Jahren in fast ungeschlossenen Ruinen lagen, Burg und Balliste der großartigen Zeit unserer schwäbischen Kaiser. Da wurde Barbarossa's Kaiserpalast in Elnhausen, so oft der Schauplatz hochwichtiger Reichsberatungen, da wurde die dynastische Prachtburg von Wimpfen, endlich die Reste des Kaiserpalastes zu Wimpfen im Lichte der geschichtlichen Vergangenheit und der noch vorhandenen baulichen Größe auf's anziehendste dargelegt und durch Abbildungen erläutert, womit der Vortragende den Hörern eine willkommene Verdeutlichung des Vortrags und ein lothbares, bantenwerthes Andenken an denselben schenkte. Den 3. Februar wird das Stiftungsfest mit einem Vortrage v. Lachner's über Wagner als Komposition das neue Vereinsjahr einleiten.

Mannheim, 20. Jan. (Mannh. Z.) Es leben uns durch Veranlassung des hiesigen national-liberalen Vereins zwei interessante Abende in Aussicht. Auf Einladung aus der Mitte des genannten Vereins wird der Abg. Anwalt Kiefer von Offenburg über Hutten als politischen Reformator Deutschlands zwei Vorträge halten, die ebenso nach der hohen Bedeutung des Stoffes, als des geistvollen Redners zu jesseln geeignet sind.

Offenburg, 20. Jan. (B. L. Z.) Die gegen die beiden Raubmörder Böbig und Steidel durch Urtheil des hiesigen Schwurgerichtshofs vom 29. v. M. ausgesprochene Todesstrafe ist durch allerhöchsten Gnadenakt vom 15. d. M. gegen beide Verurtheilte in lebenslängliches Zuchthaus verwandelt worden. Die Eröffnung ist bereits erfolgt. Beide Verbrecher wurden nach Bruchsal abgeführt.

Donaueschingen, 20. Jan. Gestern, als am Jahrestag der ersten Gründung eines historischen und naturwissenschaftlichen Vereins hier im Jahr 1805, hielt derselbe nach mehrfachen längerer Unterbrechungen sein Auferstehungsfest. Nachdem der Gedanke, den Verein wieder ins Leben treten zu lassen, von mehreren Herren angeregt worden war, fand derselbe so lebhaften Anklang, daß jetzt schon 50 Mitglieder dem Vereine beigetreten sind. Unter dem Protektorate Sr. Durchl. des Fürsten zu Fürstberg und unter der Leitung des Hrn. Rath Dr. Rehnmann als Präsident und der H. Dr. Barad und Domänenrath Hofgartner als Schriftführer für die beiden Sektionen hat er sich die Aufgabe gestellt, seine historische und naturwissenschaftliche Thätigkeit zunächst auf die Saar und Umgegend auszudehnen. In der gestrigen Eröffnungssitzung gab Hr. Rath Rehnmann in seinem Vortrag die Geschichte des Vereins und den leitenden Persönlichkeiten von 1805—17, dann nach längerer Pause von 1842—48, in welcher letzterem Jahre abermals ein Stillstand bis zum Dezember vorigen Jahres erfolgte. Die beiden H. Dr. Schriftführer entwickelten mit Aufzählung der literarischen Arbeiten des Vereins ein Bild seiner Thätigkeit in den früheren Jahren und stellten in—allem Umrissen die Ziele fest, die derselbe in seiner ferneren Thätigkeit verfolgen wird. Möge sein Gelingen ein eben so frisches sein, als es mit Wärme von dem Hrn. Vortragenden der zahlreichen Versammlung am's Herz gelegt wurde!

Am 16. d. hat in Rothweil am Kaiserstuhl eine Zusammenkunft der Vorstände der betr. Gemeinden zur Besprechung des Eisenbahnprojektes Kiechel-Engingen-Sasbach-Dreisbach stattgefunden. Der „Oberh. Kur.“ gibt zu verstehen, daß sich ein frankfurter Haus gefunden habe, welches diese Bahnstrecke ganz aus eigenen Mitteln bauen wolle, sofern ihm von der Groß. Regierung die Genehmigung erteilt und wenigstens 3/4 Proz. Ertrag garantirt würde.

Aus dem Amtsbezirk Schopfheim, 20. Jan. In Maulburg wurde vor einigen Tagen ein aus dem Kanton St. Gallen gebürtiger 17jähriger Schweizer verhaftet, der bei Verwandten in Dublin einen Diebstahl im Betrage von nahezu 1300 fl. begangen hatte. Die beschlagnahmte Tante desselben war persönlich von Irland abgereist, um wieder in den Besitz des entwendeten Geldes zu kommen. Da dieselbe aber, wie ich höre, einen Antrag auf Einstellung des gegen ihren Neffen eingeleiteten Strafverfahrens stellte, so wurde demselben auf Grund des § 394 Str.G.B. stattgegeben und der Angezeigte seiner Haft wieder entlassen.

Frankfurt, 21. Jan. Nachm. Deffr. Kreditaktien 251%, Staatsbahn-Aktien 377, Silberrente 57%, 1868r Loose 81, Anstifter 91%

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

20. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Proz.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 11,2'''	- 3,2	0,83	N.O.	jj.	geb. wnb., kalt. N. Sch.
Mittg. 2 "	27° 10,9'''	- 2,5	0,69	"	"	windig, kalt
Nacht 9 "	27° 11,1'''	- 3,0	0,82	"	"	"

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Koenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 23. Jan. 1. Quartal. 14. Abonnementsvorstellung. **Tannhäuser** und **der Sängerkrieg auf der Wartburg**, große romantische Oper in 3 Akten, von Richard Wagner. „Tannhäuser“ — Hr. Ferenczi als Gast.

Dienstag 25. Jan. 1. Quartal. 15. Abonnementsvorstellung. **Der Prophet**, große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Meyerbeer. „Johann von Leyden“ — Hr. Ferenczy als Gast.

R.589. Karlsruhe.

Samstag 22. Januar, 7 Uhr Abends, im Foyer des Großherzoglichen Hoftheaters: Erste Rhapsodie aus

Dr. Wilhelm Jordan's

zweitem Nibelungen-Epos Sildebrants Heimkehr, frei vorgetragen vom Dichter.

Abonnement auf drei Rhapsodien à 3 fl. und Eintrittskarten für den Abend à 1 fl. 12 kr. in der Bielefeld'schen Hofbuchhandlung...

R.524.

Einladung

zur Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Freiburg i. B.

Der Freiburger Gewerbe-Verein wird im September dieses Jahres eine Gewerbe-Ausstellung von Erzeugnissen der Industrie...

Der Freiburger Gewerbe-Verein wird im September dieses Jahres eine Gewerbe-Ausstellung von Erzeugnissen der Industrie...

Die Ausstellung selbst wird in hiesiger Kunst- und Festhalle, sowie in den besonders noch zu erbauenden Ausstellungs-Räumen auf dem Karlsplatz stattfinden.

Wit diesem Unternehmen wird eine von Großherzogl. Ministerium des Innern unterm 30. Dezember 1869, Nr. 15,837, genehmigte Verlosung von Ausstellungs-Gegenständen im Gesamtwerte von 10,000 fl. verbunden werden.

Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß wie das Ausstellungswesen aller Orten zur unabwiesbaren Geltung gelangt, und ein Außerachtlassen derselben als gefährlich für die Produzenten erkannt ist...

Zu diesem Sinne laden wir nun die betreffenden Produzenten von nah und fern sich durch Beschickung ebenso zahlreicher wie gediegener Erzeugnisse an unserem Ausstellungs-Unternehmen zu betheiligen...

Freiburg, den 17. Januar 1870.

Im Namen des Gewerbe-Vereins: Der Vorstand. August Straub.

Vor Täuschung durch nachgeahmte Etiquetts wird gewarnt!

Preisgekrönt auf der Ausstellung in Amsterdam. Gesundheits-Caffee

Unser nach chemischer Untersuchung frei von Siphorien, Eichel- und sonstigen schädlichen Stoffen, ist wohlgeschmeckt wie indischer Caffee...

Jedes Packet des echten Gesundheits-Caffees hat nebenstehende Unterschrift: Krause & Co. in Nordhausen am Harz.

Bericht der National-Zeitung über die Amsterdamer Ausstellung. Viele Surrogate für Caffee und Chokolade präsentieren sich gleichfalls hier...

Tausch-Antrag

Ein Decovist bei dem Amtsgerichte einer Hauptstadt des Mittelrheins...

Entscheidungen. R.740. Nr. 598. Wiesloch. Die ledige, 33 Jahre alte Katharina Klesenz von St. Leon...

R.745. Nr. 345. Gengenbach. Durch Urteil vom 9. Dezember, Nr. 5871, wurde Johanna Schwarz...

Verwaltungssachen

R.569. Nr. 1690. Karlsruhe. Der ledige Schloffer Christian Ernst Eisenlohr von hier...

R.576. Nr. 365. Oberkirch. Josef Kude-rer, Landwirth in Internestried, beabsichtigt, mit seiner Familie nach Nordamerika auszuwandern...

R.575. Nr. 494. Vorberg. Landwirth Josef

Büchel von Wöchingen hat für sich und seine bereits in Nordamerika verweilende Ehefrau Margaretha...

binnen 14 Tagen entweder gerichtlich oder außergerichtlich wahrnehmen...

Gemeindefragen. R.566. Nr. 566. Schwetzingen.

Die Verbesserung der Feldbeirteilung und Begrenzung in dem Feldstrich zwischen Planstadt und der Eppelheimer Gemarkungsgrenze...

Die vermögliche, über 1000 Einwohner zählende Gemeinde Kippingen wünscht einen in allen drei medizinischen Fächern tüchtigen Arzt anzustellen...

Arzt-Gesuch. R.570. Karlsruhe. Holzversteigerung.

Aus Großh. Kasanerie werden versteigert. Dienstag den 2. d. M., früh 9 Uhr: 30 Stämme Eichen, Holländer und Nubholz...

R.572. Karlsruhe. Gutlieferung für Landpostboten.

Wir bedürfen zur Ausrüstung der Landpostboten 350 Stück Filzfüße nach dem bei der Großh. Postmaterialverwaltung...

Ankündigung. R.541. Nr. 171. Offenburg.

Von dießseitigem Gerichtshof wurde beschloffen, ungefähr 20 Rentner ausgeschiedener alter Aken an eine Papiermühle oder eine ähnliche Gewerbeanstalt nach dem Gewichte zu verkaufen...

R.515. Nr. 22. Bretten. (Stammholz-versteigerung) Aus dem Domänenwaldstrich II, Hemberg und Jenzal gelegen auf Gleshauser Gemarkung...

R.552. Krautheim. (Erledigte Geschäfte) Durch Beschluß unseres zweiten Geschl. ist dessen Stelle erledigt...

R.570. Karlsruhe. Holzversteigerung. Aus Großh. Kasanerie werden versteigert.

Frankfurt, 20. Januar. Staatspapiere.

Table with columns for various bonds and interest rates: Preuss. 5 1/2%, Oesterr. 5%, etc.

ENGLISH ESSAYS. A Collection of excellent short compositions by various English and American Authors. Vol. 2. Preis 54 kr.

Bürgerliche Rechtspflege. Handelsregister-Einträge. R.758. Nr. 1067. Bruchsal. Unter Ordg.-Zahl 222 des Handels- (Firmen-)Registers wurde eingetragen:

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.